

## **C Normative Implikationen**

### **6. Verteilungsprobleme und reine Verfahrensgerechtigkeit**

**Johannes Schmidt**

1. Einführung
2. Konzepte
3. Ansätze zur (rein) prozeduralen Lösung von Verteilungsproblemen
4. Verfahrensregeln, Zustandseigenschaften und gerechte Verteilung

Literaturverzeichnis

### **Zusammenfassung**

Der Aufsatz beschäftigt sich kritisch mit der von Rawls eingeführten Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit (im allgemeinen) und ihrer Anwendung auf die Lösung ökonomischer Verteilungsprobleme (im besonderen). Nach einer kurzen Kennzeichnung dieser Idee werden reine Verfahrensregeln von zustandsabhängigen Regeln unterschieden, um die Eigenschaften einer rein prozeduralen Lösung von Verteilungskonflikten genauer bestimmen zu können. Vor diesem Hintergrund werden anhand einiger prominenter Verfechter einer liberalen Gerechtigkeitstheorie (Rawls, Nozick, Brennan und Buchanan, Gauthier, Hayek) die vielfältigen Schwierigkeiten demonstriert, die sich einer konsistenten Formulierung reiner Verfahrenskonzeptionen der Verteilungsgerechtigkeit in den Weg stellen. Das Ergebnis dieser Untersuchung führt zu dem Schluß, daß die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit zumindest immer dann gegen unsere moralischen Überzeugungen verstößt, wenn sie auf die Lösung des ökonomischen Distributionsproblems angewendet wird. Darüber hinaus wird argumentiert, daß die Idee einer rein proze-

duralen Lösung auch dann als höchst problematisch zu betrachten ist, wenn man sie zur Behandlung nicht-ökonomischer Probleme der Gerechtigkeit bzw. Fairneß heranzieht.

## 1. Einführung<sup>1</sup>

John Rawls' *Theory of Justice* hat bekanntlich zu einer Reihe von konkurrierenden Entwürfen einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung geführt. Soweit sich diese konkurrierenden Entwürfe als *liberal* kennzeichnen lassen, teilen sie insofern ein wesentliches Element der Rawls'schen Theorie, als sie allesamt für eine prozedurale Lösung ökonomischer Verteilungskonflikte plädieren. Eine extreme Version dieses Plädoyers findet sich in der *Theory of Justice*, wo Rawls die institutionelle Ausformung seiner beiden Gerechtigkeitsprinzipien mit der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit verknüpft. Diese Idee einer rein prozeduralen Realisierung gerechter Verteilungszustände zählt zwar zu den am wenigsten beachteten<sup>2</sup>, zugleich aber auch folgenreichsten Elementen der Rawls'schen Theorie. Es läßt sich nämlich zeigen, daß Rawls' Votum für eine reine Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit von allen prominenten liberalen Theoretikern - zumindest implizit - aufgegriffen worden ist.

Das wesentliche Anliegen der folgenden Überlegungen besteht darin, den Nachweis zu führen, daß die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit an unseren moralischen Intuitionen vorbeigeht, wenn sie auf die Lösung ökonomischer Verteilungsprobleme angewendet wird. Nach einer begrifflichen Kennzeichnung reiner Verfahrenskonzeptionen der Verteilungsgerechtigkeit (Abschnitt 2) werden anhand der neueren Varianten einer liberalen Gerechtigkeitstheorie zunächst einmal die Schwierigkeiten demonstriert, die sich einer konsistenten Formulierung solcher Konzeptionen in den Weg stellen (Abschnitt 3). Diese speziellen Schwierigkeiten werden dann als Ausdruck eines allgemeinen Dilemmas interpretiert, dem sich jedes Plädoyer zugunsten einer rein prozeduralen Generierung gerechter Verteilungszustände

---

1 Für kritische Kommentare und wertvolle Anregungen danke ich Friedrich Breyer, Lucian Kern, Hartmut Kliemt, Martin Sebaldt, Annette Schmitt, Ruth Zimmerling und Reinhard Zintl.

2 Eine bemerkenswerte Ausnahme ist Nelson (1980). Vgl. auch Feinberg (1973: 117-119) und Barry (1989: 307-319).

unweigerlich gegenübersieht. Zum Schluß wird die weitergehende These vertreten, daß die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit auch dann als höchst problematisch zu betrachten ist, wenn sie zur Behandlung nicht-ökonomischer Probleme der Gerechtigkeit bzw. Fairneß herangezogen wird (Abschnitt 4).

## **2. Konzepte**

Betrachtet man eine Klasse von normativen Problemen, deren Lösung nach allgemeiner Überzeugung einem Kriterium der Gerechtigkeit bzw. Fairneß zu genügen hat, so sind - folgt man Rawls (1971: 85f.) - drei Typen einer prozeduralen Lösung zu unterscheiden: Von vollkommener Verfahrensgerechtigkeit wird gesprochen, wenn wir sowohl über ein unabhängiges Kriterium einer gerechten bzw. fairen Lösung verfügen als auch in der Lage sind, ein Verfahren anzugeben, das die bevorzugte Lösung zuverlässig erzeugt. Sind wir zwar imstande, ein unabhängiges Kriterium einer gerechten Lösung zu formulieren, aber außerstande, ein Verfahren zu konstruieren, das die Realisierung der gewünschten Lösung garantiert, so liegt unvollkommene Verfahrensgerechtigkeit vor. Der für unsere Untersuchung zentrale Fall der reinen Verfahrensgerechtigkeit ist dadurch gekennzeichnet, daß kein unabhängiges Kriterium für die Bestimmung einer gerechten Lösung existiert, wohl aber ein Verfahren spezifiziert werden kann, das nach allgemeiner Überzeugung zuverlässig gerechte Resultate produziert. Während sich die moralische Qualität einer Problemlösung im Falle der vollkommenen bzw. unvollkommenen Verfahrensgerechtigkeit völlig unabhängig von irgendwelchen Prozeduren bestimmen läßt, hängt sie im Falle der reinen Verfahrensgerechtigkeit vollständig von der moralischen Qualität der gewählten Prozedur ab. Die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit beruht also auf der Überzeugung, daß sich die Gerechtigkeit (bzw. Fairneß) einer Prozedur automatisch auf ihre Resultate überträgt. Um eine Problemlösung als gerecht zu diagnostizieren, genügt es demnach, diese Lösung als Resultat eines fairen Verfahrens auszuweisen, dessen Regeln präzise eingehalten wurden.

Für die folgende Diskussion ist es nützlich, zunächst einmal die in der normativen ökonomischen Theorie übliche Behandlung von Verteilungsfragen zu skizzieren (vgl. dazu Samuelson 1947: Kap. 8; Sen 1970: Kap. 9 und 9\*; Schmidt 1991: Kap. 2). Ein Verteilungsproblem wird in der traditionellen Wohlfahrtsökonomie bzw. axiomatischen *social choice theory*

mit einer Menge von gesellschaftlichen Zuständen modelliert, unter denen nach Maßgabe eines Kriteriums der sozialen Gerechtigkeit eine Auswahl zu erfolgen hat. Jeder gesellschaftliche Zustand wird dabei als vollständige Beschreibung aller individuellen Verteilungspositionen definiert, die als Indikatoren des individuellen Einkommens bzw. Vermögens oder der individuellen Güterausstattung zu interpretieren sind. Um eine ethische Rangordnung der zur Wahl stehenden Verteilungszustände zu erzeugen, bietet die normative ökonomische Theorie eine Fülle von Gerechtigkeitsprinzipien an, die sich vor allem hinsichtlich der Frage unterscheiden, ob die Lösung von Verteilungskonflikten ausschließlich auf objektive Informationen über die individuellen Verteilungspositionen (nicht-welfaristische Prinzipien) oder auf subjektive Informationen über die individuellen Präferenzordnungen bzw. Nutzenwerte (welfaristische Prinzipien) gestützt werden sollte. Diesem wesentlichen Unterschied steht allerdings eine nicht minder wichtige Gemeinsamkeit gegenüber: Da sowohl die nicht-welfaristischen (direkt) als auch die welfaristischen Prinzipien (indirekt) nur Informationen über gesellschaftliche Zustände verwenden, sind alle in der traditionellen Wohlfahrtsökonomie und axiomatischen *social choice theory* diskutierten Gerechtigkeitskriterien als reine Zustandsprinzipien zu klassifizieren, die weder dem praktischen Problem einer institutionellen noch dem ethischen Problem einer prozeduralen Realisierung der favorisierten Verteilungszustände irgendeine Beachtung schenken.

Rawls versucht die beiden skizzierten Ausblendungen der normativen ökonomischen Theorie insofern gleichzeitig zu beheben, als seine beiden Gerechtigkeitsprinzipien zum einen dem Design der fundamentalen politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen dienen (Rawls 1971: § 2, Rawls 1978) und zum anderen eine rein prozedurale Lösung von Verteilungskonflikten gewährleisten sollen (Rawls 1971: §§ 14, 43). Der allgemeine Ansatz, dem Problem der sozialen Gerechtigkeit durch die Gestaltung grundlegender Institutionen beizukommen, bricht zunächst lediglich mit der irrealen Fiktion der Wohlfahrtsökonomie, es gebe einen vollkommen informierten gesellschaftlichen Planer, der aus einer Menge vollständig beschriebener Verteilungszustände eine Auswahl zu treffen habe. Da die Realisierung konkreter Verteilungszustände in allen existierenden Gesellschaften auf dem Wege institutioneller Regelungen erfolgt, die der sozialen Kooperation gewisse Restriktionen auferlegen, sind die praktischen Vorzüge dieses Ansatzes nicht zu übersehen. Zu einer reinen Verfahrenskonzeption



der sozialen Gerechtigkeit führt dieser Bruch mit der wohlfahrtsökonomischen Tradition allerdings erst dann, wenn die Eigenschaften der verteilungsrelevanten Regeln in sehr spezieller Weise normiert werden.

Sobald man den institutionellen Ansatz zur Lösung von Verteilungsproblemen mit der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit verknüpft, setzt man die Existenz eines Systems von fundamentalen Regeln voraus, das zwar dem Prozeß, nicht aber den Resultaten der sozialen Kooperation bestimmte normative Restriktionen auferlegt. Von einer reinen Verfahrenskonzeption der sozialen Gerechtigkeit ist also genau dann zu sprechen, wenn die favorisierten Gerechtigkeitsprinzipien nur die prozedurale Generierung der individuellen Verteilungspositionen reglementieren, ohne den erwünschten (bzw. unerwünschten) Eigenschaften der resultierenden Verteilungszustände irgendeine Beschränkung aufzuerlegen. Prinzipien, die diesem Kriterium der Zustandsunabhängigkeit genügen, werden im folgenden als reine Verfahrensregeln bezeichnet. Es liegt auf der Hand, daß von einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr gesprochen werden kann, wenn das Design der grundlegenden gesellschaftlichen Institutionen mit Prinzipien operiert, die die erwünschten Eigenschaften gerechter Verteilungszustände einer verfahrensunabhängigen Restriktion unterwerfen. Zwei Hinweise dürften genügen, um zu zeigen, daß die Klasse dieser zustandsabhängigen Regeln überaus umfangreich ist: Sie umfaßt nämlich zum einen sowohl Prinzipien, die eine positive (partielle oder totale) Normierung der Verteilungsmerkmale gerechter gesellschaftlicher Zustände enthalten, als auch Kriterien, die insofern eine negative Charakterisierung gerechter Verteilungsergebnisse implizieren, als sie bestimmte gesellschaftliche Zustände als ungerecht ausschließen. Betrachtet man neben dem Inhalt der skizzierten Restriktionen auch die für ihre Realisierung erforderlichen Vorkehrungen, so sind institutionelle Regelungen, die die erwünschten Zustandseigenschaften (bzw. den Ausschluß der unerwünschten Zustandseigenschaften) auf prozeduralem Wege gewährleisten, von institutionellen Arrangements zu unterscheiden, die sich nicht angemessen als Verfahrensregeln beschreiben lassen.

### 3. Ansätze zur (rein) prozeduralen Lösung von Verteilungsproblemen

#### 3.1. Rawls

Rawls wendet die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit auf zwei unterschiedlichen theoretischen Ebenen an. Die beiden Gerechtigkeitsprinzipien der *Theory of Justice* werden nämlich als Kriterien ausgewiesen, die nicht nur eine rein prozedurale Lösung (des ökonomischen Verteilungsproblems) erzeugen, sondern auch als Resultat einer rein prozeduralen Lösung (des Problems der Rechtfertigung ethischer Prinzipien) zu betrachten sind. Obwohl im folgenden nur die erste Ebene untersucht werden soll, lohnt es sich, vorab einen kurzen Blick auf die zweite Ebene zu werfen. Hier läßt sich zeigen, daß Rawls' Behauptung, die Konstruktion der *original position* erlaube eine rein prozedurale Fundierung ethischer Prinzipien, mit seiner Methode des reflektiven Gleichgewichts kollidiert, derzufolge die Beschreibung der *original position* sowohl von den attraktiven Eigenschaften formaler Verfahrensregeln als auch von der materialen Qualität der induzierten Prinzipien abhängig zu machen ist.<sup>3</sup> Dieser klare Verstoß gegen die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit ist für die folgende Diskussion insofern von Bedeutung, als er sich auf der ersten theoretischen Ebene in analoger Weise wiederholt.

Daß die *Theory of Justice* von einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit weit entfernt ist, zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die von Rawls präsentierten Prinzipien. Selbst wenn man nämlich ohne weiteres davon ausgehen könnte, daß die Grundsätze der gleichen Freiheit bzw. fairen Chancengleichheit als reine Verfahrensregeln zu interpretieren sind, geht mit dem Differenzprinzip, das die Optimierung der Verteilungsposition der am schlechtesten gestellten Gesellschaftsmitglieder fordert, in jedem Fall eine positive Zustandsnorm in die Gestaltung der grundlegenden ökonomischen Institutionen ein. An der Tatsache, daß sich Rawls mit dem Differenzprinzip unweigerlich von der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit verabschiedet, würde sich offensichtlich auch dann nichts ändern, wenn

---

3 Zur rein prozeduralen Interpretation der *original position* vgl. Rawls (1971: 120, 136; 1978: 48; 1993: 72f.). Die Konzeption des reflektiven Gleichgewichts wird in Rawls (1971: §§ 4, 9 und 1974) entwickelt. Zum hier skizzierten Einwand vgl. ausführlich Lyons (1975) und Schmidt (1986).

es gelänge, institutionelle Regelungen zu entwerfen, die für eine prozedurale Maximierung der minimalen Verteilungsergebnisse sorgen. In diesem Falle wäre ja keineswegs von reiner, sondern vielmehr von vollkommener Verfahrensgerechtigkeit zu sprechen. Nun ist eine prozedurale Realisierung von im Sinne des Differenzprinzips gerechten Verteilungszuständen in einer liberalen Gesellschaft, die sich vorrangig auf die Prinzipien der gleichen Freiheit bzw. fairen Chancengleichheit stützt, nur schwer vorzustellen. Der von Rawls präsentierte Entwurf einer gerechten Grundstruktur der Gesellschaft trägt dieser skeptischen Beurteilung dadurch Rechnung, daß er sich mit der institutionellen Garantie eines Mindesteinkommens gänzlich von der Idee einer prozeduralen Implementation des Differenzprinzips verabschiedet (Rawls 1971: 276f.).

Nun ist auch die bisherige Annahme, daß es sich bei den Grundsätzen der gleichen Freiheit bzw. fairen Chancengleichheit um reine Verfahrensregeln handelt, nicht zu halten. Betrachtet man neben Rawls' inhaltlicher Kennzeichnung dieser Prinzipien auch seine Vorschläge zu ihrer institutionellen Umsetzung, so stellt sich heraus, daß beide Grundsätze die Normierung einer fairen Verteilungsprozedur von bestimmten Eigenschaften der induzierten Verteilungsergebnisse abhängig machen. Die Formulierung des ersten Gerechtigkeitsprinzips, nach der jedem Individuum ein möglichst umfangreiches System gleicher Grundfreiheiten zu gewährleisten ist, schließt per se eine rein prozedurale Lösung von Verteilungsproblemen nicht aus. Die naheliegende institutionelle Konsequenz dieses Prinzips ist - neben der Etablierung einer liberal-demokratischen politischen Verfassung - die Einführung marktwirtschaftlicher Regeln, die die Realisierung spezieller Verteilungszustände ausschließlich den freien Produktions- und Tauschentscheidungen der Individuen überlassen. Nun betont Rawls (1971: § 42) zwar ausdrücklich, daß eine reine Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit in jedem Fall marktwirtschaftliche Institutionen voraussetzt. Sein Plädoyer für eine liberale Wirtschaftsverfassung operiert aber keineswegs nur mit den Verfahrenseigenschaften der marktwirtschaftlichen Koordination (Fairneß eines Systems freiwilliger Verträge), sondern vielmehr auch mit einer wesentlichen Eigenschaft der von (vollkommenen) Marktprozessen erzeugten Güterallokationen (Pareto-Optimalität). Da sich die Pareto-Optimalität eines gesellschaftlichen Zustands grundsätzlich völlig unabhängig von seiner institutionellen bzw. prozeduralen Realisierung diagnostizieren läßt, hängt die moralische Qualität des von Rawls anvisierten

Verteilungsverfahrens unter anderem von der Erfüllung eines reinen Zustandsprinzips ab. Mit diesem Prinzip wird die Lösung des ökonomischen Distributionsproblems insofern durch eine negative Restriktion beschränkt, als das Pareto-Kriterium lediglich alle ineffizienten Güterallokationen als ungerecht ausschließt, ohne den Verteilungsmerkmalen gerechter gesellschaftlicher Zustände irgendeine Beschränkung aufzuerlegen.

Rawls betrachtet das Prinzip der fairen Chancengleichheit, nach dem allen Individuen mit gleichen Fähigkeiten (und gleicher Leistungsbereitschaft) die gleichen Erfolgchancen einzuräumen sind, als zentralen Bestandteil einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit. Mit diesem Prinzip erhält sein Plädoyer für eine marktwirtschaftliche Lösung des Verteilungsproblems eine völlig neue Wendung (Rawls 1971: §§ 12, 14, Rawls 1978: 52-55). Der Wettbewerbsprozeß erzeugt nämlich - so muß man Rawls interpretieren - nur dann gerechte Verteilungsergebnisse, wenn die individuellen Startpositionen einem Gerechtigkeitskriterium genügen. Daß sich Rawls mit diesem Argument noch weiter von der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit entfernt, ist bereits aus der Formulierung des Prinzips der fairen Chancengleichheit zu erkennen. Da dieses Prinzip einen gesellschaftlichen Zustand offenbar genau dann als gerecht betrachtet, wenn die Verteilungspositionen der Individuen (unter der Annahme einer konstanten Leistungsbereitschaft) ihren Fähigkeiten entsprechen, macht Rawls das Design der favorisierten Verteilungsprozedur über das Pareto-Kriterium hinaus von einer positiven Zustandsnorm abhängig, die die strukturellen Eigenschaften gerechter Resultate festlegt. Um eine prozedurale Generierung der erwünschten Verteilungsstruktur zu gewährleisten, müssen die marktwirtschaftlichen Institutionen demnach um eine zusätzliche Vorkehrung ergänzt werden, die eine gerechte Verteilung der individuellen Anfangsausstattungen verbürgt. Nun wäre von einer Theorie, die sich der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit verpflichtet fühlt, wohl zu erwarten, daß sie die Realisierung einer gerechten Ausgangsverteilung einer fairen Prozedur überläßt. Der von Rawls präsentierte institutionelle Entwurf einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung zeigt jedoch, daß er sich auch bei der Lösung dieses Problems keineswegs auf Verfahrensregeln verläßt, sondern auf eine Zustandsnorm zurückgreift. Um das Postulat der fairen Chancengleichheit zu erfüllen, soll nämlich das Differenzprinzip (über die Gewährleistung eines Minimaleinkommens hinaus) zur Korrektur der marktinduzierten Vermögensverteilung verwendet werden (Rawls 1971: 277f., Rawls 1978: 63-

66). Die damit einhergehende Angleichung der individuellen Vermögenspositionen bietet nach Rawls die Gewähr dafür, daß die Freiheit, ihre Fähigkeiten im Wettbewerb zur Geltung zu bringen, für alle Gesellschaftsmitglieder den gleichen Wert hat.

Das Differenzprinzip erfüllt in Rawls' institutionellem Entwurf offensichtlich zwei verschiedene Funktionen. Soweit es allen Gesellschaftsmitgliedern ein Mindesteinkommen garantiert, ist dieses Prinzip als eine vom favorisierten Verteilungsverfahren völlig unabhängige Zustandsnorm zu interpretieren, die im Namen der sozialen Gerechtigkeit eine begrenzte Umverteilung der Markteinkommen fordert. Mit der Ausdehnung des Differenzprinzips auf die Korrektur der marktinduzierten Vermögensverteilung erhält diese Zustandsnorm insofern eine neue Funktion, als eine tendenzielle Angleichung der individuellen Vermögenspositionen nun zur unabdingbaren Voraussetzung einer fairen Verteilungsprozedur erklärt wird. Selbst wenn man von der Tatsache absieht, daß Rawls die Auswahl der favorisierten Verfahrensregeln sowohl an das Pareto-Kriterium als auch an das Ideal einer meritokratischen Verteilungsstruktur bindet, dürfte der Hinweis auf die doppelte Funktion des Differenzprinzips bereits genügen, um zu zeigen, daß sein institutioneller Entwurf von einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit weit entfernt ist.

### 3.2. Nozick

Robert Nozicks *Anarchy, State, and Utopia* enthält den ambitioniertesten Versuch, die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit auf die Lösung ökonomischer Verteilungsprobleme anzuwenden. Folgt man Nozick (1974: 150-160), so sind die Prinzipien einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit dadurch gekennzeichnet, daß sie bei der ethischen Bewertung gesellschaftlicher Zustände sowohl ausschließlich historische Informationen verwenden (*historical principles*) als auch der erwünschten Verteilungsstruktur keine positive Beschränkung auferlegen (*unpatterned principles*). Die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit wird demnach von allen Prinzipien verletzt, die entweder nur eines oder keines dieser beiden Merkmale aufweisen. Die zweite Gruppe von Gerechtigkeitskriterien umfaßt alle *patterned end-state principles*, die - wie das Differenzprinzip - auf die positive Realisierung bestimmter Verteilungseigenschaften zielen, ohne dabei auf historische Informationen zurückzugreifen. Zur ersten Gruppe von Gerechtigkeitskriterien zählen zum einen alle *patterned historical prin-*



*ciples*, die sich - wie die Forderung nach einer Meritokratie - zwar ausschließlich auf historische Informationen stützen, diese Informationen aber zur Bestimmung der erwünschten Verteilungsstruktur verwenden. Diese Gruppe enthält zum anderen alle *unpatterned end-state principles*, die - wie das Pareto-Kriterium - ohne jede historische Information auskommen und die Menge der gerechten Verteilungszustände nur durch eine negative Restriktion beschränken.

Vor diesem Hintergrund behauptet Nozick, die von ihm entwickelte Anspruchstheorie der Gerechtigkeit genüge den beiden an eine rein prozedurale Lösung von Verteilungsproblemen zu stellenden Anforderungen. Nun begnügt er sich allerdings zunächst mit einer rein formalen Kennzeichnung der Anspruchstheorie, derzufolge jeder Verteilungszustand, der als Resultat gerechter Aneignungs- und/oder Übertragungsprozesse ausgewiesen werden kann, unabhängig von seinen inhaltlichen Eigenschaften als gerecht zu betrachten ist. Diese formale Kennzeichnung verrät zwar das für jeden Verfechter einer reinen Verfahrenskonzeption charakteristische Ziel, die Gerechtigkeit von Verteilungszuständen ausschließlich auf die Gerechtigkeit der ihnen zugrunde liegenden Prozeduren zurückzuführen, ist aber offensichtlich um eine geeignete inhaltliche Spezifizierung der favorisierten Prozesse zu ergänzen, wenn dieses Ziel tatsächlich erreicht werden soll. Solange es nicht gelingt, die Prinzipien einer gerechten Aneignung bzw. Übertragung als reine Verfahrensregeln zu formulieren, läßt sich Nozicks Behauptung, die Anspruchstheorie garantiere eine rein prozedurale Realisierung gerechter Güterverteilungen, nicht einlösen.

Nun widmet Nozick der inhaltlichen Spezifizierung gerechter Aneignungs- bzw. Übertragungsprozesse nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Obwohl er das Prinzip der gerechten Aneignung explizit vor dem Hintergrund der Locke'schen Eigentumstheorie diskutiert, bleibt letztlich völlig offen, welchen Verfahrenseigenschaften der ursprüngliche Erwerb von Besitztümern zu genügen hat, um einen gerechten Eigentumsanspruch zu erzeugen. Überdies wird die Frage, was man sich unter einem gerechten Übertragungsprozeß vorzustellen hat, von Nozick nicht explizit beantwortet. Aus seinen verstreuten Äußerungen zum Thema ist aber klar zu erkennen, daß er die Gerechtigkeit eines Eigentumstransfers an seiner Freiwilligkeit bemißt, mit gerechten Übertragungsprozessen also freiwillige Transaktionen wie Tausch, Schenkung oder Vererbung assoziiert. Während sich Nozick für die positiven Eigenschaften gerechter Aneignungs- bzw. Übertragungsprozesse



nicht sonderlich interessiert, schenkt er ihrer negativen Bestimmung beträchtliche Aufmerksamkeit. Die einzige eindeutige Norm, die er den Prinzipien der Anspruchstheorie vorgibt, ist nämlich eine spezielle Version des Locke'schen Vorbehalts, deren Funktion darin besteht, ungerechte Aneignungs- und Übertragungsprozesse zu eliminieren (Nozick 1974: 174-182). Es ist ohne weiteres zu erkennen, daß sich Nozick bereits mit dieser Norm von der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit verabschiedet.

Nozick übersetzt den Locke'schen Vorbehalt, den er als notwendige Bedingung einer gerechten Aneignung betrachtet, mit einer schwachen Variante des Pareto-Kriteriums. Die Aneignung eines herrenlosen Guts durch ein Individuum ist demnach nur dann als gerecht zu betrachten, wenn sie die Position keines anderen Gesellschaftsmitglieds verschlechtert. Da diese Bedingung die Gerechtigkeit der Aneignungsprozesse von der moralischen Qualität ihrer Resultate abhängig macht, führt Nozick mit dem Locke'schen Vorbehalt eine Zustandsnorm in das Design der favorisierten Verteilungsprozedur ein. Diese Zustandsnorm folgt zwar grundsätzlich der negativen Logik des Pareto-Kriteriums, weicht aber insofern von ihm ab, als sie nicht alle ineffizienten, sondern nur diejenigen Verteilungszustände als ungerecht ausschließt, die - gemessen an irgendeinem status quo und abgesehen von den Präferenzen des handelnden Individuums - eine Pareto-Verschlechterung nach sich zögen. Da Nozick die skizzierte Version des Locke'schen Vorbehalts auf die Beschränkung der zulässigen Übertragungsprozesse ausdehnt, entscheidet neben dem prozeduralen Kriterium der Freiwilligkeit auch eine dem Pareto-Prinzip verwandte Zustandsnorm über die Frage, was unter einem gerechten Eigentumstransfer verstanden werden soll. Diese Zustandsnorm ist insofern schwächer als das Pareto-Kriterium, als sie keineswegs die Realisierung aller durch Eigentumsübertragungen möglichen Pareto-Verbesserungen gebietet, sondern lediglich eine spezielle Klasse möglicher Pareto-Verschlechterungen verbietet.

Auch Nozicks Anspruchstheorie bleibt also hinter der Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit zurück, weil sie die ethische Bewertung von Verteilungszuständen nicht nur von Informationen über ihr Zustandekommen, sondern auch von Informationen über ihre inhaltlichen Eigenschaften abhängig macht. Da Nozick für eine prozedurale Lösung aller Verteilungsprobleme votiert und die Menge der gerechten Verteilungszustände nur durch eine äußerst schwache, negative Restriktion beschränkt, geht seine

Verfahrenskonzeption allerdings weit über die von Rawls vertretene Version hinaus.

### **3.3. Brennan und Buchanan**

In *The Reason of Rules* präsentieren Geoffrey Brennan und James M. Buchanan sowohl einen positiven als auch einen normativen Ansatz zur institutionellen Lösung von Verteilungskonflikten. Der positive Ansatz geht von der Annahme aus, die Eigenschaften einer gerechten Güterverteilung seien durch ein reines Zustandsprinzip eindeutig bestimmt, und untersucht die Frage, ob sich ein System von ökonomischen und politischen Regeln konstruieren läßt, das zuverlässig gerechte Verteilungszustände erzeugt (Brennan, Buchanan 1985: 114-127). Da die beiden Autoren Regeln als prozedurale Restriktionen betrachten (Brennan, Buchanan 1985: 16-18, 44f.), werden im Rahmen ihres positiven Ansatzes letztlich die Realisierungschancen eines Systems der vollkommenen Verfahrensgerechtigkeit analysiert. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist insofern niederschmetternd, als es die immensen Schwierigkeiten demonstriert, die sich der prozeduralen Generierung eines favorisierten Verteilungsmusters in den Weg stellen. Dieser negative Befund hat erhebliche Konsequenzen für den von Brennan und Buchanan gewählten normativen Ansatz. Das Ergebnis der positiven Analyse erlaubt zwar per se lediglich den Schluß, daß die Menge der realisierbaren Verteilungszustände von der Menge der verfügbaren institutionellen Regelungen abhängt, zwingt also keineswegs dazu, beim normativen Design der Regeln von den erwünschten Eigenschaften der induzierten Resultate völlig abzusehen. Für Brennan und Buchanan ist das Ergebnis ihrer positiven Untersuchung indes Grund genug, sich im Rahmen ihres normativen Ansatzes von der Realisierung erwünschter Zustandseigenschaften ab- und einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit zuzuwenden. Diese Wendung ist allerdings - wie sich zeigen wird - nicht völlig geglückt.

Brennan und Buchanan betrachten - wie Rawls und Nozick - die Etablierung marktwirtschaftlicher Institutionen als unverzichtbare Voraussetzung einer rein prozeduralen Lösung ökonomischer Verteilungsprobleme. Dieses Plädoyer wird sowohl mit einem negativen (Gewährleistung geschützter individueller Privatsphären) als auch mit einem positiven Aspekt (Ermöglichung von Pareto-Verbesserungen durch Arbeitsteilung und Tausch) der marktwirtschaftlichen Koordination begründet (Brennan,

Buchanan 1985: 14f.). Da dieses Votum für ein Wettbewerbssystem nicht nur mit dessen prozeduralen Eigenschaften (negativer Aspekt), sondern auch mit der ethischen Qualität der durch Tauschprozesse induzierten Resultate (positiver Aspekt) operiert, wird die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit - wie bei Rawls - bereits im ersten Schritt der Argumentation verabschiedet. Brennan und Buchanan (1985: 18, 24f.) versuchen zwar, diesen Einwand mit dem Argument zu entkräften, die Pareto-Optimalität einer Güterallokation lasse sich nur dann diagnostizieren, wenn diese Allokation als Resultat marktwirtschaftlicher Prozesse ausgewiesen werden könne. Dieses Argument ist aber aus zwei Gründen wenig überzeugend: Zum einen reichen Prozeßinformationen nur im speziellen Fall der vollkommenen Konkurrenz (d.h.: bei Nichtexistenz externer Effekte) tatsächlich aus, um die Pareto-Effizienz der durch Tausch erzeugten Güterallokationen diagnostizieren zu können. Damit ist bereits klar, daß das Pareto-Kriterium im allgemeinen Fall als eine von Tauschprozessen unabhängige Zustandsnorm zu interpretieren ist. Zum anderen wäre das Pareto-Prinzip grundsätzlich auch dann, wenn sich effiziente Güterallokationen tatsächlich nur auf marktwirtschaftlichem Wege realisieren ließen, als - nun allerdings verfahrensabhängige - Zustandsnorm zu betrachten, deren Verwendung gegen die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit verstieße.

Weit davon entfernt, die prozedurale Lösung von Verteilungskonflikten ausschließlich dem Marktmechanismus überlassen zu wollen, plädieren Brennan und Buchanan (1985: 127-131) dafür, die Regeln einer Wettbewerbsordnung durch spezielle konstitutionelle Vorkehrungen zu ergänzen. Die Funktion dieser politischen Verfassungsregeln besteht darin, der institutionellen Realisierung gerechter Verteilungszustände über das Pareto-Kriterium hinaus zusätzliche Beschränkungen aufzuerlegen. Nun entspräche es zwar der Logik einer reinen Verfahrenskonzeption, diese verteilungsrelevanten Restriktionen als zustandsunabhängige Regeln zu fassen. Dem von Brennan und Buchanan präsentierten Verfassungsdesign ist jedoch zu entnehmen, daß sie dieser Logik nicht zu folgen gewillt sind. Im Mittelpunkt ihres Entwurfs zu einer konstitutionellen Lösung von Verteilungsproblemen steht nämlich der allgemeine Vorschlag, die Regeln des Steuer- und Transfersystems auf der Verfassungsebene festzuschreiben. Da mit jeder speziellen Normierung der Steuer- und Transferregeln (explizit oder implizit) darüber entschieden wird, ob die Verteilungsergebnisse des Marktes möglichst repliziert oder systematisch korrigiert werden sollen, setzt die anvisierte

konstitutionelle Restriktion in jedem Fall eine Vorstellung über die positiven Eigenschaften einer gerechten Verteilungsstruktur voraus. Aus dem von Brennan und Buchanan diskutierten Beispiel, das eine proportionale Besteuerung mit einem Demografen verknüpft, mag man schließen, daß sie persönlich eine redistributive Korrektur der Marktverteilung favorisieren.

Mit ihrer institutionellen Analyse von Verteilungsproblemen gehen Brennan und Buchanan in zweifacher Hinsicht über Rawls' Theorie hinaus. Zum einen zeigen sie im Rahmen ihres positiven Ansatzes, daß Rawls' Skepsis gegenüber einer prozeduralen Implementation des Differenzprinzips gute Gründe hat. Zum anderen sorgt ihr normativer Ansatz mit der skizzierten Ergänzung der marktwirtschaftlichen Institutionen um eine konstitutionelle Normierung der Steuer- und Transferregeln dafür, daß über die Lösung aller Verteilungsprobleme letztlich auf prozeduralem Wege entschieden wird. Da die Auswahl der verteilungsrelevanten politischen und ökonomischen Regeln sowohl einer negativen als auch einer positiven Zustandslogik folgt, ist dieser normative Ansatz allerdings von einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit fast so weit entfernt wie Rawls' institutioneller Entwurf.

### **3.4. Gauthier**

Wenngleich sich David Gauthier in *Morals by Agreement* nicht explizit auf die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit beruft, läßt sich das Hauptargument seiner Theorie mit der These übersetzen, daß faire Prozeduren der sozialen Koordination unter bestimmten Ausgangsbedingungen eine faire Lösung aller moralischen Probleme (im allgemeinen) bzw. ökonomischer Verteilungskonflikte (im besonderen) erzeugen. Um diese These zu stützen, untersucht er im wesentlichen die Eigenschaften marktwirtschaftlicher und kooperativer Interaktionsprozesse. Nun kann man zwar nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß Gauthier tatsächlich den Anspruch erhebt, eine reine Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit zu entwickeln. Es ist aber der Mühe wert, die Frage zu untersuchen, ob er diesen Anspruch einlösen könnte, wenn er ihn denn erhöhe.

Gauthier (1986: Kap. 4) geht von der fundamentalen Annahme aus, daß ein moralisches Problem genau dann vorliegt, wenn die simultane Nutzenmaximierung aller Individuen zu pareto-suboptimalen gesellschaftlichen Zuständen führt. Aus dieser Bestimmung zieht er zunächst einmal den Schluß, daß der (vollkommene) Markt insofern als moralisch neutrale Ver-

anstellung zu betrachten ist, als eine Serie von rationalen individuellen Tauschakten zuverlässig eine pareto-optimale Güterallokation erzeugt. Mit diesem Schluß ist allerdings noch keineswegs die Empfehlung verbunden, die Realisierung gerechter Verteilungszustände unter allen Umständen dem Marktprozeß zu überlassen. Gauthier vertritt vielmehr die Überzeugung, daß die (moralisch neutrale) Marktinteraktion nur dann eine gerechte Endverteilung induziert, wenn die Verteilung der individuellen Anfangsausstattungen einem Gerechtigkeitskriterium genügt. Da er mit der Pareto-Effizienz ein reines Zustandskonzept zur Definition moralischer Probleme verwendet, muß Gauthier die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit zwangsläufig opfern. Die moralische Neutralität des vollkommenen Wettbewerbs kann nämlich vor diesem Hintergrund nicht nur mit den favorisierten Eigenschaften des Tauschprozesses (Ausschluß von Trittbrettfahrern und Parasiten), sondern muß zugleich auch mit der Pareto-Optimalität der Tauschergebnisse begründet werden. Nun ist zu beachten, daß Gauthier neben dem Pareto-Kriterium, das lediglich alle ineffizienten Güterallokationen als ungerecht ausschließt, und der Bedingung einer fairen Ausgangsverteilung noch ein positives Zustandsprinzip verwendet, um eine marktwirtschaftliche Lösung des Distributionsproblems zu rechtfertigen. Ein durch Tausch induzierter Verteilungszustand ist demnach nicht nur deswegen als gerecht zu betrachten, weil er als Resultat einer fairen Ausgangssituation und eines moralisch unproblematischen Prozesses ausgewiesen ist, sondern auch deshalb, weil er (im Sinne der Grenzproduktivitätstheorie) die Entlohnung der Individuen von ihren Beiträgen abhängig macht und insofern einer verbreiteten Vorstellung über die strukturellen Eigenschaften gerechter Verteilungsergebnisse entspricht. Selbst wenn man also von der für Gauthier unvermeidlichen Pareto-Bedingung absieht, operiert sein Plädoyer für eine marktwirtschaftliche Lösung des Distributionsproblems immer noch mit einer Zustandsnorm.

Um eine faire Verteilung der individuellen Anfangsausstattungen zu sichern, verwendet Gauthier (1986: Kap. 7) eine Variante des Locke'schen Vorbehalts, die sich insofern von Nozicks Version unterscheidet, als sie zum einen alle natürlichen (d.h.: vorgesellschaftlichen) Interaktionsprozesse erfaßt und zum anderen die Handlungen eines Individuums lediglich durch die Maxime beschränkt, eine Verschlechterung der Position des Interaktionspartners nur dann zuzulassen, wenn sich dadurch eine Verschlechterung seiner eigenen Position vermeiden läßt. Diesen Unterschieden im Detail steht allerdings die wesentliche Gemeinsamkeit gegenüber, daß Gauthier -



wie Nozick - auf eine schwache, negative Zustandsbedingung zurückgreift, um die Eigenschaften eines fairen Prozesses zu normieren. Mit der Einführung dieser pareto-ähnlichen Bedingung wird die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit offensichtlich auch im Zuge der prozeduralen Fundierung fairer individueller Startpositionen verletzt.

Da kooperative Interaktionsprozesse nur dann pareto-optimale gesellschaftliche Zustände erzeugen, wenn der individuellen Nutzenmaximierung eine spezielle Restriktion auferlegt wird, lösen sie - im Gegensatz zur (vollkommenen) marktwirtschaftlichen Koordination - ein moralisches Problem. Nun ist dieser Unterschied zwar für Gauthiers Theorie von erheblicher Bedeutung, weil sie in erster Linie die Existenz einer rationalen, unparteiischen und stabilen Lösung des Kooperationsproblems zu begründen versucht. Für die Zwecke unserer Untersuchung genügt es aber, darauf hinzuweisen, daß der von Gauthier (1986: Kap. 5) konzipierte Verhandlungsprozeß mit den gleichen Zustandsprinzipien gerechtfertigt wird wie der Marktprozeß. Aus der bloßen Definition des Kooperationsproblems ergibt sich bereits, daß jeder Ansatz zu einer prozeduralen Lösung unweigerlich mit dem Pareto-Kriterium operieren muß. Da Gauthier davon ausgeht, daß eine faire Aufteilung des Kooperationsgewinns nicht nur einen fairen Verhandlungsprozeß, sondern auch einen fairen status quo ante voraussetzt, ist er überdies gezwungen, den Locke'schen Vorbehalt auf die prozedurale Fundierung der *initial bargaining positions* auszudehnen. Schließlich wird die moralische Qualität einer bestimmten Aufteilung des Kooperationsgewinns auch unter der Annahme eines fairen status quo in erster Linie keineswegs mit den Eigenschaften des favorisierten Bargainingprozesses (also etwa der Abfolge von *claims* und *concessions*), sondern vielmehr mit der Attraktivität einer Verteilungsregel begründet, die jedem Individuum (im Sinne der Maximierung des minimalen relativen Vorteils) einen seinem Beitrag zur Kooperation (annähernd) äquivalenten Anteil am Kooperationsertrag garantiert.

Der in *Morals by Agreement* entwickelte Ansatz zur prozeduralen Realisierung gerechter Verteilungszustände ist offensichtlich zwischen den Entwürfen von Nozick einerseits und Rawls bzw. Brennan und Buchanan andererseits anzusiedeln. Von Nozicks Anspruchstheorie ist Gauthiers Verfahrenskonzeption zwar weit entfernt, weil sie über den Locke'schen Vorbehalt hinaus nicht nur das Pareto-Kriterium, sondern auch positive Zustandsnormen ins Bild bringt. Da diese positiven Beschränkungen der favorisierten



Prozeduren keine Umverteilung implizieren, ist aber auch die Distanz zu Brennan und Buchanan bzw. Rawls ganz erheblich.

### 3.5. Hayek

Die in *Law, Legislation and Liberty* entwickelte Gerechtigkeitstheorie scheint sich insofern fundamental von allen bisher diskutierten Ansätzen zu unterscheiden, als Friedrich A. v. Hayek zwar einerseits für eine prozedurale Lösung des Distributionsproblems eintritt, das Prädikat *gerecht* aber andererseits für das favorisierte Verfahren reserviert, ohne jenes auf dessen Resultate auszudehnen. Die Argumente, die er zur Stützung dieser fundamentalen Doktrin verwendet, werden im folgenden als *offizieller* Teil seiner Theorie bezeichnet. Prüft man diese Argumente, so stellt sich heraus, daß bereits Hayeks offizielle Lehre nicht ohne die für alle liberalen Gerechtigkeitstheorien charakteristische negative Zustandsorientierung auskommt. Dieser klare Befund wird allerdings durch die Tatsache kompliziert, daß Hayek noch eine ganze Reihe von Argumenten vorbringt, die seiner offiziellen Position direkt zu widersprechen scheinen und im folgenden als *inoffizieller* Teil seiner Theorie bezeichnet werden. Da er mit diesen zusätzlichen Argumenten nicht nur auf die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit rekurriert, sondern auch positive (verteilungsneutrale wie redistributive) Zustandskriterien ins Spiel bringt, ist seine prozedurale Konzeption allem Anschein zum Trotz gleichzeitig mit den Problemen aller bisher diskutierten Ansätze konfrontiert.

Der offiziellen Theorie liegt die folgende Überlegung zugrunde (Hayek 1976: 31-33): Da sich das Prädikat *gerecht* grundsätzlich auf individuelles (bzw. kollektives) Verhalten bezieht, läßt es sich auf die Ergebnisse von Handlungen nur dann sinnvoll anwenden, wenn diese Resultate der bewußten Kontrolle des individuellen (bzw. kollektiven) Akteurs unterliegen. Das Dilemma, dem sich jeder Versuch zur institutionellen Lösung von Verteilungskonflikten gegenüberstellt, besteht darin, daß es unmöglich ist, ein System gerechter individueller Handlungen zu etablieren, das gleichzeitig die Gerechtigkeit der induzierten sozialen Ergebnisse verbürgt. Man steht also vor dem Problem, sich entweder für die Gewährleistung eines Systems gerechter individueller Handlungen zu entscheiden (und auf die Realisierung gerechter gesellschaftlicher Resultate zu verzichten) oder (unter Verzicht auf die Etablierung eines Systems gerechter individueller Handlungen) für die Durchsetzung gerechter gesellschaftlicher Zustände zu votieren. Es

ist - mit anderen Worten - aussichtslos, gleichzeitig eine liberale und eine soziale Konzeption der Gerechtigkeit verwirklichen zu wollen. Vor diesem Hintergrund versucht Hayek sein Plädoyer für eine liberale Konzeption der Gerechtigkeit ausschließlich auf die Eigenschaften eines Systems von Regeln des gerechten individuellen Verhaltens zu stützen. Diese Regeln werden durch eine Reihe von formalen (Allgemeinheit, Abstraktheit, negative Formulierung, Gleichbehandlung aller Individuen) und inhaltlichen Anforderungen (Schutz individueller Privatsphären) gekennzeichnet. Das für unsere Diskussion entscheidende Merkmal der Regeln des gerechten individuellen Verhaltens ist ihre - so Hayek (1973: 50, 1976: 38) - völlige Unabhängigkeit von irgendwelchen erwünschten Eigenschaften der induzierten sozialen Zustände. Wendet man diese Regeln auf die Lösung ökonomischer Probleme an, so besteht ihre Funktion darin, ein marktwirtschaftliches Verfahren zur Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen zu etablieren. Da die Resultate einer reinen Tauschkoordination dem individuellen (bzw. kollektiven) Zugriff entzogen sind, ist es nach Hayek Unsinn, die Verteilungsergebnisse des Marktes als gerecht oder ungerecht zu klassifizieren. Auf die Frage, was von den durch Tauschprozesse erzeugten Verteilungszuständen unter ethischen Aspekten zu halten ist, würde er lapidar antworten, daß sie als schlichtes Produkt des favorisierten Koordinationsmechanismus ganz einfach hinzunehmen sind. Seine offizielle Theorie ist daher weit von der für reine Verfahrenskonzeptionen charakteristischen Idee entfernt, daß sich die Gerechtigkeit einer Verteilungsprozedur automatisch auf ihre Resultate überträgt.

Ein Plädoyer für die rivalisierende Konzeption der sozialen Gerechtigkeit hätte nach Hayek (1973: 48-50) zwar keineswegs einen Verzicht auf die Etablierung von Regeln, wohl aber die Verwendung eines anderen Regeltyps zur Folge. Das für unsere Untersuchung entscheidende Kennzeichen dieser sozialen Organisationsregeln ist ihre Abhängigkeit von bestimmten Vorstellungen über die erwünschten Eigenschaften gerechter Verteilungszustände. Obwohl Hayek hier in erster Linie an Normierungen denkt, die die positiven Merkmale einer gerechten Güterverteilung (partiell oder total) festlegen, umfaßt die Kategorie der sozialen Organisationsregeln - völlig unabhängig von der Frage, ob ein bestimmtes Resultat auf prozeduralem oder direktem Wege erreicht werden soll - offensichtlich auch alle Prinzipien, die - wie das Pareto-Kriterium - einer negativen Zustandslogik folgen. Interessant ist nun, daß Hayek (1976: 70f., 115-122) das marktwirtschaftliche Allokationsver-

fahren keineswegs nur mit der moralischen Qualität der ihm zugrunde liegenden Verhaltensregeln (Freiheit als Wert an sich), sondern vielmehr auch mit den unvergleichlichen Eigenschaften seiner Resultate rechtfertigt (Maximierung des aggregierten Wohlstands bzw. Pareto-Optimalität). Da er explizit bereit ist, den Inhalt der - angeblich zustandsunabhängigen - Regeln des gerechten individuellen Verhaltens (d.h.: die Spezifizierung dessen, was als gerecht gelten soll) von der Effizienz der induzierten gesellschaftlichen Ordnung abhängig zu machen, kann es keinen Zweifel daran geben, daß auch seine prozedurale Lösung des Distributionsproblems - der offiziellen Rhetorik zum Trotz - zumindest mit einem negativen Zustandskriterium operiert.

Hayeks offizielle Theorie läßt sich mit der - auch bei Rawls (1971: 272) angedeuteten - These übersetzen, daß die Regeln des Marktes insoweit ein System der vollkommenen Verfahrensgerechtigkeit repräsentieren, als es lediglich um die verteilungsneutrale Lösung des Effizienzproblems geht. Bringt man nun seine inoffizielle Doktrin zusätzlich ins Spiel, so verwirrt sich dieses einfache Bild ganz erheblich. Eine erste Quelle der Verwirrung ist das Argument, daß von gerechten Löhnen und Preisen nur dann sinnvoll gesprochen werden kann, wenn sie als Resultate freier Markttransaktionen ausgewiesen sind. Da die auf freien Märkten resultierende Einkommens- und Vermögensverteilung vollständig durch die derart gerechten Löhne und Preise determiniert wird, scheint Hayek (1973: 141) nun plötzlich - abgesehen von der mit dem Pareto-Kriterium verbundenen Zustandsrestriktion - einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit das Wort zu reden. Es ist offensichtlich, daß der Vorschlag, gerechte Löhne und Preise als Resultate einer Serie von gerechten Tauschakten zu bestimmen, der offiziellen Lehre widerspricht, derzufolge von gerechten Ergebnissen nur dann gesprochen werden darf, wenn sie der direkten Kontrolle eines Individuums (bzw. Kollektivs) unterliegen. Eine mögliche Lösung dieses Widerspruchs ist in der Annahme zu suchen, daß sich Hayeks Definition gerechter Löhne und Preise auf das Ideal der vollkommenen Konkurrenz bezieht, während seine offizielle Bestimmung gerechter Resultate auf reale Marktbedingungen anzuwenden ist. Für diese Deutung spricht ein weiteres Argument der inoffiziellen Theorie, demzufolge die Verteilungsergebnisse des Marktes weder als gerecht noch als ungerecht zu betrachten sind, weil nicht nur das Geschick, sondern auch das Glück der Individuen über ihr materielles Abschneiden im Katallaxie-Spiel entscheidet (Hayek 1976: 126f.). Diese

Wendung, die der offiziellen Doktrin wiederum ganz offensichtlich widerspricht, muß wohl so interpretiert werden, daß auf realen Märkten nur die bedeutende Rolle des Zufalls eine prozedurale Realisierung gerechter Verteilungszustände verhindert. Wäre es möglich, vollkommene Märkte zu etablieren und auf diesem Wege den Einfluß des Zufalls zu eliminieren, so würde der Wettbewerbsprozeß demnach für gerechte Verteilungsergebnisse sorgen, weil die Entlohnung jedes Individuums seinem Geschick entspräche. Da diese Interpretation des Arguments ein unabhängiges, positives Kriterium einer gerechten Verteilungsstruktur voraussetzt, wandelt sich Hayek - was die Bewertung vollkommener Märkte betrifft - urplötzlich vom Anhänger einer reinen zum Verfechter einer vollkommenen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit. Nun lassen die bisherigen Überlegungen immer noch den Schluß zu, daß Hayek - bei aller Inkonsistenz - doch zumindest insofern seiner offiziellen Theorie treu bleibt, als er durchweg für eine prozedurale Lösung des Distributionsproblems eintritt. Ein letzter Blick auf seine inoffizielle Argumentation zeigt jedoch, daß auch dieser Schluß verfrüht ist. Hayek (1973: 141f., 1976: 87) hat nämlich überhaupt nichts dagegen, jedem Individuum ein Mindesteinkommen zu garantieren, wenn diese Garantie nur außerhalb des Marktes (d.h.: im Rahmen der staatlichen Sozialpolitik) eingelöst wird. Da diese staatliche Leistung einerseits auf eine partielle Normierung der individuellen Verteilungspositionen zielt und andererseits nur auf dem Wege eines redistributiven Designs der Steuer- und Transferregeln erbracht werden kann, verabschiedet sich Hayek mit der Einführung einer starken positiven Zustandsrestriktion von der letzten Säule seiner offiziellen Doktrin.

Die Schwierigkeiten, die sich jedem Versuch zur Begründung einer reinen Verfahrenskonzeption der Verteilungsgerechtigkeit in den Weg stellen, kommen in Hayeks Theorie gebündelt zum Vorschein. Tatsächlich scheint Hayek die Positionen von Rawls, Nozick, Brennan und Buchanan sowie Gauthier gleichzeitig vertreten zu wollen. So kommt die offizielle Version der Theorie, die sich auf die Gerechtigkeit der Verfahrensregeln zu konzentrieren versucht, nicht ohne die allen liberalen Entwürfen gemeinsame, negative Zustandsorientierung aus. Mit dem ersten Argument der inoffiziellen Doktrin, das die Gerechtigkeit der durch gerechte Prozeduren erzeugten Resultate betont, rückt Hayek in die Nähe von Nozicks Ansatz. Im zweiten Schritt der inoffiziellen Theorie, der den Markt als vollkommenes Verfahren zur Generierung eines favorisierten Verteilungsmusters ausweist, nähert

sich Hayek der Position Gauthiers. Mit dem letzten Argument der inoffiziellen Lehre, das den Marktmechanismus mit einer redistributiven Zustandsnorm kombiniert, landet Hayek schließlich bei einem Entwurf, der im wesentlichen den von Rawls bzw. Brennan und Buchanan vertretenen Konzeptionen entspricht.

#### **4. Verfahrensregeln, Zustandseigenschaften und gerechte Verteilung**

Als Ergebnis der bisherigen Untersuchung ist festzuhalten, daß keine der neueren Varianten einer liberalen Gerechtigkeitstheorie letztlich für eine rein prozedurale Lösung des Distributionsproblems plädiert, weil jede von ihnen die moralische Qualität des jeweils favorisierten Verfahrens von zumindest einer erwünschten Eigenschaft der induzierten Ergebnisse abhängig macht. Obwohl alle hier betrachteten Ansätze den Marktmechanismus als grundlegende Verteilungsprozedur bejahen, unterscheiden sie sich insofern ganz erheblich, als sie dem Tauschprozeß auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichem Umfang eine Zustandsrestriktion auferlegen. So stehen zum einen Entwürfen, die sich mit einer Beschränkung der durch Tausch induzierten Verteilungszustände begnügen (Brennan und Buchanan, Hayek), Ansätze gegenüber, die die Gerechtigkeit einer marktwirtschaftlichen Güterallokation auch von der Fairneß der individuellen Startpositionen abhängig machen (Rawls, Nozick, Gauthier). Die untersuchten Theorien unterscheiden sich zum zweiten hinsichtlich der Frage, ob sie die moralische Qualität des Wettbewerbsprozesses nur an eine negative (Nozick, Brennan und Buchanan) oder auch an eine positive Zustandsnorm binden (Rawls, Gauthier, Hayek). Zum dritten ist hervorzuheben, daß - wenngleich keiner der liberalen Theoretiker die Realisierung gerechter Verteilungszustände gänzlich dem Markt zu überlassen bereit ist - eine Gruppe von Autoren auf einer prozeduralen Lösung aller Verteilungsprobleme besteht (Nozick, Gauthier, Brennan und Buchanan), während eine andere Gruppe das favorisierte Verfahren um nicht-prozedurale institutionelle Vorkehrungen ergänzt (Rawls, Hayek). Schließlich besteht zum vierten der zentrale Unterschied zwischen den diskutierten Verfahrenskonzeptionen darin, daß sie entweder ausschließlich mit rein paretianischen Zustandsnormen operieren (Nozick, Gauthier) oder darüber hinaus redistributive Zustandsprinzipien ins Spiel bringen (Rawls, Brennan und Buchanan, Hayek).



Es liegt nahe, aus dem speziellen Ergebnis unserer Untersuchung den allgemeinen Schluß zu ziehen, daß die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit an unseren moralischen Intuitionen vorbeigeht, weil sich diese niemals ausschließlich auf die erwünschten Eigenschaften von Prozeduren, sondern immer auch auf die inhaltlichen Qualitäten der induzierten Zustände beziehen. Dieser Schluß ist zumindest immer dann plausibel, wenn wir Informationen über die von alternativen Prozessen (unter variierenden Ausgangsbedingungen) erzeugten Resultate besitzen. Sobald wir vor der Aufgabe stehen, ein Problem der Gerechtigkeit bzw. Fairneß zu lösen, widerspricht es demnach unseren ethischen Überzeugungen, bestimmte attraktive Verfahrenseigenschaften zu verabsolutieren und jedes beliebige Ergebnis des favorisierten Prozesses gutzuheißen. Demgegenüber entspricht es unseren moralischen Intuitionen, bei der Lösung derartiger Probleme der Rawls'schen Methode des reflektiven Gleichgewichts zu folgen und die (zunächst) akzeptierten Verfahrensregeln im Lichte erwünschter bzw. unerwünschter Resultate entweder zu modifizieren oder durch unabhängige Zustandskriterien zu ergänzen.

Daß wir diese Methode auf die ethische Bewertung des marktwirtschaftlichen Allokationsverfahrens anwenden, läßt sich bereits den Modifikationen bzw. Ergänzungen der Tauschregeln entnehmen, die allenthalben für nötig gehalten werden, um die mit der Internalisierung externer Effekte verbundenen Schwierigkeiten zu bewältigen. Die folgende, rein hypothetische Überlegung ist geeignet, diesen Befund zu verdeutlichen: Man stelle sich vor, wir würden uns in völliger Ungewißheit über die Konsequenzen einer reinen Tauschkoordination allein deshalb für die Etablierung marktwirtschaftlicher Institutionen entscheiden, weil wir von der überragenden moralischen Qualität eines sozialen Prozesses überzeugt sind, der ausschließlich auf den freiwilligen Handlungen aller Individuen beruht. Wären wir dann auch bereit, unbeirrt an den einmal gewählten Verfahrensregeln festzuhalten, wenn sich nach einiger Zeit die gnadenlose Ineffizienz der induzierten gesellschaftlichen Resultate herausstellte? Falls wir - was man wohl annehmen darf - geneigt sein sollten, diese Frage zu verneinen, muß die weitere Frage erlaubt sein, warum neben dem Pareto-Kriterium nicht auch redistributive Zustandsprinzipien bei der Modifikation bzw. Ergänzung der Marktregeln eine bedeutende normative Rolle spielen sollten.

Die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit ist auch dann höchst problematisch, wenn man sie auf die Lösung zwar nicht-ökonomischer, unter dem



Aspekt der Gerechtigkeit bzw. Fairneß wohl aber interessanter Probleme anwendet. Der Grund liegt wiederum darin, daß wir bei der moralischen Bewertung der zu wählenden Prozeduren nicht von den erwünschten Eigenschaften der induzierten Resultate abstrahieren können, sobald wir Informationen (oder auch nur plausible Vermutungen) über die von alternativen Verfahrensregeln erzeugten Ergebnisse besitzen. Ist das der Fall, so werden wir das Design der favorisierten Prozedur immer von den erwünschten Eigenschaften der resultierenden Zustände abhängig machen. Belege dafür lassen sich mühelos aus dem Bereich des Sports bzw. der Gesellschaftsspiele (soweit es sich nicht um reine Glücksspiele handelt) anführen. Dem Design der Wettkampf- bzw. Spielregeln liegt hier nämlich ausschließlich oder doch zumindest primär die Vorstellung zugrunde, daß die induzierten Resultate möglichst den als relevant erachteten Qualitäten der Sportler bzw. Spieler entsprechen sollten.

Reine Glücksspiele und Lotterien sind Beispiele für prozedurale Lösungen, bei denen wir die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit zu akzeptieren scheinen. Es handelt sich hier allerdings - von wenigen Ausnahmen abgesehen - um Prozeduren, deren Funktion nicht in der Lösung eines Gerechtigkeits- bzw. Fairneßproblems, sondern vielmehr darin besteht, den Spielern Spaß zu verschaffen bzw. ein besonderes Spannungserlebnis zu vermitteln. Das heißt nicht, daß es grundsätzlich unmöglich wäre, die Resultate reiner Glücksspiele unter moralischen Gesichtspunkten zu betrachten: Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ein Millionär oder ein armer Schlucker im Lotto gewinnt. Obwohl sich dieser ethische Aspekt der induzierten Resultate ohne weiteres (etwa durch eine einkommensabhängige Staffelung der Beiträge) in das Design der Verfahrensregeln einbringen ließe, wird dieser Weg nicht beschritten. Der Grund dafür liegt in einer gesellschaftlichen Übereinkunft darüber, Lotterien - zumindest im Regelfall - nicht als Vorkehrungen zur Lösung von Gerechtigkeits- bzw. Fairneßproblemen zu interpretieren.

Lotterien werden als faire Prozeduren betrachtet, weil sie jedem Teilnehmer die gleiche statistische Chance garantieren, irgendein erwünschtes (bzw. unerwünschtes) Ergebnis zu erzielen (bzw. zu vermeiden). Obwohl wir nun in der Regel nicht geneigt sind, aus der Fairneß dieses Verfahrens auf die Gerechtigkeit seiner Resultate zu schließen, mag es spezielle Fälle geben, in denen wir bereit sind, die Lösung eines moralisch interessanten Problems einem Zufallsmechanismus zu überlassen, mithin die Idee der reinen Verfahrensgerechtigkeit tatsächlich anzuwenden. Zu denken ist hier

insbesondere an die Empfehlung, die Verteilung von Gütern, die bestimmte physische Eigenschaften (Unteilbarkeit) oder soziale Konnotationen besitzen (Positionsgüter) einem Losentscheid zu unterwerfen. Selbst diese Ausnahmefälle können jedoch nicht ohne weiteres als Indiz dafür genommen werden, daß wir unter besonderen Umständen für eine rein prozedurale Lösung von Verteilungskonflikten plädieren. Die skizzierte Empfehlung läßt sich nämlich auch als eine mögliche technische Konsequenz unserer Überzeugung interpretieren, daß im Falle eines unteilbaren bzw. positionalen Guts alle realisierbaren Verteilungszustände als gleich gerecht zu betrachten sind. Akzeptiert man diese Interpretation, so garantiert der Losentscheid keineswegs die Gerechtigkeit, sondern vielmehr die Eindeutigkeit einer Güterverteilung.

### **Literaturverzeichnis**

- Barry, B., 1989: A Treatise on Social Justice, Volume 1: Theories of Justice. Berkeley
- Brennan, G./Buchanan, J.M., 1985: The Reason of Rules. Constitutional Political Economy. Cambridge
- Daniels, N. (Hg.), 1975: Reading Rawls. Critical Studies on Rawls' 'A Theory of Justice'. New York
- Feinberg, J., 1973: Social Philosophy. Englewood Cliffs
- Gauthier, D., 1986: Morals by Agreement. Oxford
- Goldman, A.I./Kim, J. (Hg.), 1978: Values and Morals. Dordrecht
- Hayek, F.A.v., 1973: Law, Legislation and Liberty, Volume 1: Rules and Order. Chicago
- Hayek, F.A.v., 1976: Law, Legislation and Liberty, Volume 2: The Mirage of Social Justice. Chicago
- Kern, L./Müller, H.-P. (Hg.), 1986: Gerechtigkeit, Diskurs oder Markt? Die neuen Ansätze in der Vertragstheorie. Opladen
- Lyons, D., 1975: Nature and Soundness of the Contract and Coherence Arguments. In: Daniels (Hg.), 1975, 141-167
- Nelson, W., 1980: The Very Idea of Pure Procedural Justice. In: Ethics, 90, 502-511
- Nozick, R., 1974: Anarchy, State, and Utopia. New York
- Rawls, J., 1971: A Theory of Justice. Cambridge, Mass.
- Rawls, J., 1974: The Independence of Moral Theory. In: Proceedings and Addresses of the American Philosophical Association, 48, 5-22
- Rawls, J., 1978: The Basic Structure as Subject. In: Goldman/Kim (Hg.), 1978, 47-71
- Rawls, J., 1993: Political Liberalism. New York
- Samuelson, P.A., 1947: Foundations of Economic Analysis. Cambridge, Mass.
- Schmidt, J., 1986: 'Original Position' und reflektives Gleichgewicht. In: Kern/Müller (Hg.), 1986, 45-64
- Schmidt, J., 1991: Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Rationalität. Axiomatische und entscheidungstheoretische Fundierungen von Verteilungsprinzipien. Freiburg
- Sen, A., 1970: Collective Choice and Social Welfare. San Francisco